

NEIN zur Fusion



Info-Veranstaltung zur Fusionsabstimmung

29. Februar 2012, 19.30 Uhr
Zentrum Gersag, Emmenbrücke

Der lange Weg zum Zentralismus

Grossstadtrat Peter With

Die Folgen einer Fusion mit Luzern

Mit anschliessender Diskussionsrunde

BÜRGER
für Bürger

IG Emmen
www.ig-emmen.ch

Überparteilicher Verein
Gegen GrossLuzern
www.gegen-grossluzern.ch



Fusion Luzern-Emmen: Fakten gegen Scheinargumente.

Der Mythos von der Raumplanung.

Der Fusionsgrund: Die Ortsplanung hört an der Gemeindegrenze auf. Man stelle sich doch nur mal vor, Luzern plant an einer Grenze eine Villenzone und Emmen will genau daneben eine Industriezone einrichten. Oder man will eine neue Strasse bauen und stösst bei allen betroffenen Gemeinden auf massiven Widerstand. Durch eine Gemeindefusion würde sich dieses Problem einfach lösen, die Gemeinde könnte über das gesamte Gebiet planen.

So einleuchtend diese Argumente auf den ersten Blick erscheinen, so falsch sind sie leider auch. Zwei Fakten sind mathematisch unwiderlegbar: Erstens stösst man auch nach einer Fusion zwangsläufig wieder an eine Gemeindegrenze. Und zweitens wird mit einer Gemeindefusion die Gemeindegrenze immer länger, sie steigt sogar um ein Vielfaches. Und damit steigt meist auch die Anzahl der angrenzenden Gemeinden. So hatte die Stadt Luzern früher sieben angrenzende Gemeinden, mit denen Gespräche über die Ortsplanung geführt werden mussten. Nach der Fusion mit Littau ist es nun trotzdem eine Gemeinde mehr und die Grenze zur grossen Gemeinde Emmen hat sich massiv verlängert.

Dass sich das Problem mit einer Fusion mit Emmen noch weiter verschärft, sollte eigentlich jedem einleuchten, weil mit Eschenbach, Buchrain und Rothenburg drei neue Gemeinden an GrossLuzern angrenzen werden.

Dass sich innerhalb einer fusionierten Gemeinde bei der Planung von Bauprojekten weniger Widerstand bilden kann, liegt auf der Hand. Der Grund ist aber alles andere als bürgerfreundlich: Da halt nur ein kleiner Teil der neuen Gemeinde betroffen ist, wird dieser schlicht überstimmt. Hatte man als eigenständige Gemeinde noch die Möglichkeit, sich gegen unerwünschte Pläne zur Wehr zu setzen, und mussten die Planer in langen Gesprächen eine für alle optimale Lösung suchen, kann nun die Verwaltung am Reissbrett planen und auf die Mehrheit der Bürger zählen. Nehmen wir an, ein Fixerstübli soll in Emmen gebaut werden. Trotz Widerstand aus dem Aussenquartier wird die Mehrheit der Luzerner für den Standort sein – die anderen Quartiere wissen ja, dass sie bei einem Nein vielleicht später selbst den Standort stellen dürfen ... Die Stadt Basel zeigt, dass auch grenzübergreifend eine Planung möglich ist. So kann man in Basel eine S-Bahn-Karte lösen und mit dem gemeinsamen Verkehrsverbund direkt nach Deutschland oder Frankreich fahren: Drei Länder, zwei Währungen, EU- und Nicht-EU-Raum – kein Problem. Und in Emmen soll das plötzlich nicht mehr funktionieren?



Das Märchen von den Verwaltungskosten.

Der Fusionsgrund: Durch eine grössere Verwaltung wird diese effizienter und kostengünstiger. Schon nur der Wegfall von fünf teuren Gemeinderäten spart viel Geld.

Wenn die Effizienz mit der Grösse steigen würde, dann wären die Verwaltungen in Bern und Zürich die effizientesten der Schweiz. Dem ist aber bekanntermassen nicht so. In der Stadt Luzern kostet die öffentliche Verwaltung 460 Franken pro Kopf, in Emmen gerade mal 327 Franken (Quelle: lustat.ch, 2010). Wenn die Luzerner Verwaltung heute so effizient ist, weshalb kostet sie dann 40 % mehr als in Emmen? Und auch das Argument mit den wegfallenden Gemeinderäten ist schnell entlarvt: Diese leisten ja eine erhebliche produktive Arbeit innerhalb der Verwaltung. Durch deren Wegfall können ja die verbleibenden Stadträte kaum ihre Arbeitszeit verdoppeln. Es fällt dann halt einfach mehr Arbeit auf die Verwaltung zurück. Während Gemeinderäte oft freiwillig über ihr Pensum arbeiten, kassieren Verwaltungsangestellte happige Überzeitzuschüsse, Wochenend- und Nachtzuschläge.

Demokratie gegen Stimmkraftverlust.

Der Fusionsgrund: Durch eine Fusion kann man über ein viel grösseres Gebiet mitbestimmen und sein Umfeld mitgestalten. Es ist nicht mehr auf Emmen beschränkt sondern umfasst den ganzen Lebensraum – ein massiver Demokratiegewinn!

Das kommt ganz darauf an, was man unter Demokratiegewinn versteht: Will man überall mitreden und nichts zu sagen haben, oder will man

auch mitbestimmen können? Eines ist klar: Bei jeder Fusion tritt ein Stimmkraftverlust ein, je grösser der Unterschied der Einwohnerzahl, desto grösser der Verlust. Jeder Emmer hätte deshalb eine 3 ½ mal tiefere Stimmkraft! Alle dürfen mitreden, aber der Grosse bestimmt. Nur Zentralisten würden das als Demokratiegewinn bezeichnen!

Kurzfristig tiefere Steuern.

Der Fusionsgrund: Durch die Fusion gibt es viele Synergien und die neue Gemeinde erhält Geld vom Kanton und kann so die Steuern senken.

Emmen wie auch Luzern haben grosse finanzielle Probleme. In Luzern wurde bereits eine Steuererhöhung auf nächstes Jahr angekündigt. Bei einem aktuellen Defizit von über 30 Millionen Franken würden die Mehreinnahmen durch die Steuererhöhung wohl nur 14 Millionen ausmachen, immer noch viel zu wenig. Die Situation in Luzern ist so schlecht, dass nun sogar das Referendum gegen den Voranschlag 2012 ergriffen wurde – die Stadt Luzern ist nun die einzige Gemeinde im Kanton ohne gültiges Budget! Wer glaubt, dass die Stadt Luzern nun auch noch eine langfristige Steuersenkung für 28'000 Emmer finanzieren kann, der lebt fern jeglicher Realität. Auch hat die Fusion Luzern-Littau gezeigt, dass sich kaum Synergien finden lassen, das Ziel wurde um einige Millionen jährlich verfehlt. Durch einen Kantonsbeitrag liessen sich die (Emmer) Steuern vielleicht kurzfristig senken. Allerdings ändern sich dadurch die strukturellen Probleme der Stadt Luzern nicht. Längerfristig bleibt es eine Mogelpackung, weil irgendwann das Kantonszuckerli aufgebraucht ist und die Steuern erhöht werden müssen. Wollte der Kanton wirklich die Gemeinden unterstützen, dann würde er nicht nur fusionswilligen Gemeinden Geld schenken, sondern auch eigenständigen Gemeinden unter die Arme greifen. Dies wäre sogar billiger: Es würden nur die Gemeinden Geld erhalten, die wirklich darauf angewiesen sind – und die Kosten für Studien, Gutachten und die Fusion würden entfallen!



Der lange Weg zum Zentralismus.

In der Schweiz grassiert seit Jahren die Fusionitis.

Gab es im Jahre 1990 noch 3021 Gemeinden, so sind es heute nur noch 2551 – Tendenz schnell sinkend. Alle Gemeinden müssen fusioniert werden, je mehr, desto besser. Das Interessante dabei: Es spielt gar keine Rolle, ob die Gemeinden sehr klein, sehr gross, finanziell am Anschlag oder mit ausreichend Reserven ausgestattet sind. Wichtig ist nur eines: Es muss fusioniert werden. Wo liegen die Gründe dafür?

Luzern kam 2007 mit 60'000 Einwohnern auf den 8. Platz der grössten Gemeinden der Schweiz, Emmen auf Platz 20, Kriens auf Platz 22 und Littau belegte mit 16'000 Einwohnern immerhin Platz 54. Wie kommt es, dass die Gemeinde- und Stadträte behauptet haben, dass ein Überleben dieser Gemeinden ohne Fusion keine Zukunft hätte, wenn über 2'500 Gemeinden tagtäglich das Gegenteil beweisen? Oder sind da vielleicht übergeordnete Interessen im Spiel?

Der weisse Fleck.

Den Startschuss zum ausufernden Fusionsaktivismus der Luzerner Politik gab 2005 die Zentralisten-Bibel «Baustelle Föderalismus», herausgegeben von Avenir Suisse. Avenir Suisse ist ein globalistisches Denkinstitut, das sich auserlesen fühlt, die Schweiz neu zu gliedern. Finanziert werden die selbst ernannten Reformatoren vom Schweizer Ableger der Hochfinanz, der Economie Suisse. Es gilt: wer zahlt, befiehlt. Was die Konzern-Lobbys in der EU längst erreicht haben, streben sie nun auch in der Schweiz an, der letzten föderalistischen Bastion: Die radikale Umwälzung der bürgernahen Strukturen, hin zu kontrollierbaren Grossregionen, welche von immer weniger Interessenvertretern im Namen des Fortschritts beherrscht werden können.

Professoren im Solde des Kapitals verkünden den Sonderfall Schweiz mit 26 Kantonen und gegen damals 3'000 Gemeinden zum Auslaufmodell, welcher in einem globalisierten Umfeld nicht mehr zeitgemäss sei. Anhand undurchsichtiger Kriterien teilten sie die Schweiz in 6 «Metropolitanräume» ein. Die Agglomeration Luzern war darauf lediglich ein unbedeutender weisser Fleck, im Schlepptau des übermächtigen Wirtschaftsraumes Zürich. Diese Beurteilung traf die Luzerner Kantons- und Stadtregierung anscheinend heftig. Wer will schon ein unbedeutender Fleck sein? Zur Bewältigung der angeblichen Rückständigkeit verschrieben sie sich der Agenda von Avenir Suisse, die da lautet: Stärke ist gleich Grösse. Die Vision eines GrossLuzerns war geboren. Nur eine Stadt Lu-

zern, vereint mit den Agglomerationsgemeinden, die dereinst 180'000 Einwohner umfassen würde, erhielte dann die ersehnte schweizweite Bedeutung.

Die angeblich «Starke Stadtregion» ist tot.

Die Vision eines GrossLuzern ist heute bereits gestorben. Die Gemeinden von Ebikon und Kriens haben die Fusion mit der Stadt Luzern mit wuchtigen 70 % Nein-Stimmen klar abgelehnt. In Adligenswil hatte diese «Vision» noch weniger Chancen, die Gemeindeversammlung lehnte mit einem Anteil von 95 % Nein-Stimmen die Fusion ab. Selbstbewusst haben diese Gemeinden erkannt, dass das Wachstumspotential dieser Stadtregion eben in den Agglogemeinden liegt. Weshalb sollten sie diese Vorteile nun mit der Stadt Luzern teilen, nur um dann als Bittsteller vor dem Rathaus anzutreten? Gerade in jüngster Zeit haben Studien in Emmen gezeigt, dass hier noch ein grosses Wachstumspotential vorhanden ist. Grosse Projekte werden angepackt, um mehr Steuerertrag zu generieren.

Dass die meisten Emmer Gemeinderäte weiter in die Stadt drängen – allen voran Ober-Fusionsturbo Thomas Willi – muss andere Gründe haben.

Der Kanton steuert.

Wie inzwischen in der ganzen Schweiz üblich, fördert auch der Kanton Luzern Gemeindefusionen massiv. Mit Kantonssteuern finanzierte Geldspritzen versprechen kurzfristige Steuersenkungen, meist auf das Niveau der Gemeinde mit dem tiefsten Steuerfuss. Aber auch da zeigen sich die Regierungen flexibel. Als es kurz vor der Fusionsabstimmung in Luzern und Littau trotz massivem Medienbombardement der Fusionsturbo eng zu werden drohte, senkte die Stadt Luzern einfach die Steuern. Und das im Wissen, dass sie kurz nach der Fusion wieder erhöht werden müssen, weil dann die gesamten über viele Jahre angehäuften Reserven aufgebraucht sein würden. Jetzt, 1½ Jahre nach der Fusion, ist es so weit: die Steuererhöhung wurde bekanntgegeben! Und nicht nur das: trotz Steuererhöhung sind in der Stadt weitere massive Defizite geplant, die Stadt hat ihre Finanzen nicht mehr im Griff! Da kämen die Kantonsmillionen gerade recht, sie würden das tiefrohe Loch in der Kasse kurzfristig überdecken. Dass die Kantonsbevölkerung ein GrossLuzern aber gar nicht will, hat sie mit der Ablehnung des 20-Millionen-Fusionsbeitrages an die Fusion Luzern-Littau klar zum Ausdruck gebracht. Jetzt auf einen Zuschuss an die Fusion Luzern-Emmen zu hoffen, ist mehr als blauäugig.

Zentralistische Argumente.

Auffällig ist, dass dieselben Argumente für eine Fusion schon seit einigen Jahren schweizweit verwendet werden, nämlich dann, wenn es um einen EU-Beitritt geht. Zum Beispiel beim Demokratiegewinn: Angeblich kann man in den künftigen Grossgebilden überall mitdiskutieren und mitbestimmen, und so «seinen Lebensraum» gestalten. Dass dabei der Stimmkraftverlust des einzelnen viel höher wiegt, wird verschwiegen. Die Konsequenz ist klar: Bürgerinnen und Bürger verlieren das Interesse an der Politik, weil sie in ihrem wirklichen Lebensraum kaum mehr etwas mitentscheiden können. Sie werden manipulierbar durch die Regierung, die sich nicht mehr durch mühsame demokratische Strukturen kämpfen muss. Tatsache ist: je grösser die Stadt, desto mehr undemokratische Bürokratie. Der Bürger wird immer mehr gelenkt, indem Gesetze mit viel Interpretationsspielraum verabschiedet werden, die dann von den Bürokraten nach Belieben umgesetzt werden.

Ein Ziel haben diese zentralistischen Bestrebungen alle gemein:

Die Macht soll vom Bürger weg hin zur Regierung transferiert werden!

Nur so können die klugen Zentralisten mit Weitblick ihre Visionen gegenüber dem dummen Volk durchsetzen. Und falls es am Schluss nicht aufgeht, kein Problem: die Kosten und die Konsequenzen tragen sowieso die Bürgerinnen und Bürger!

